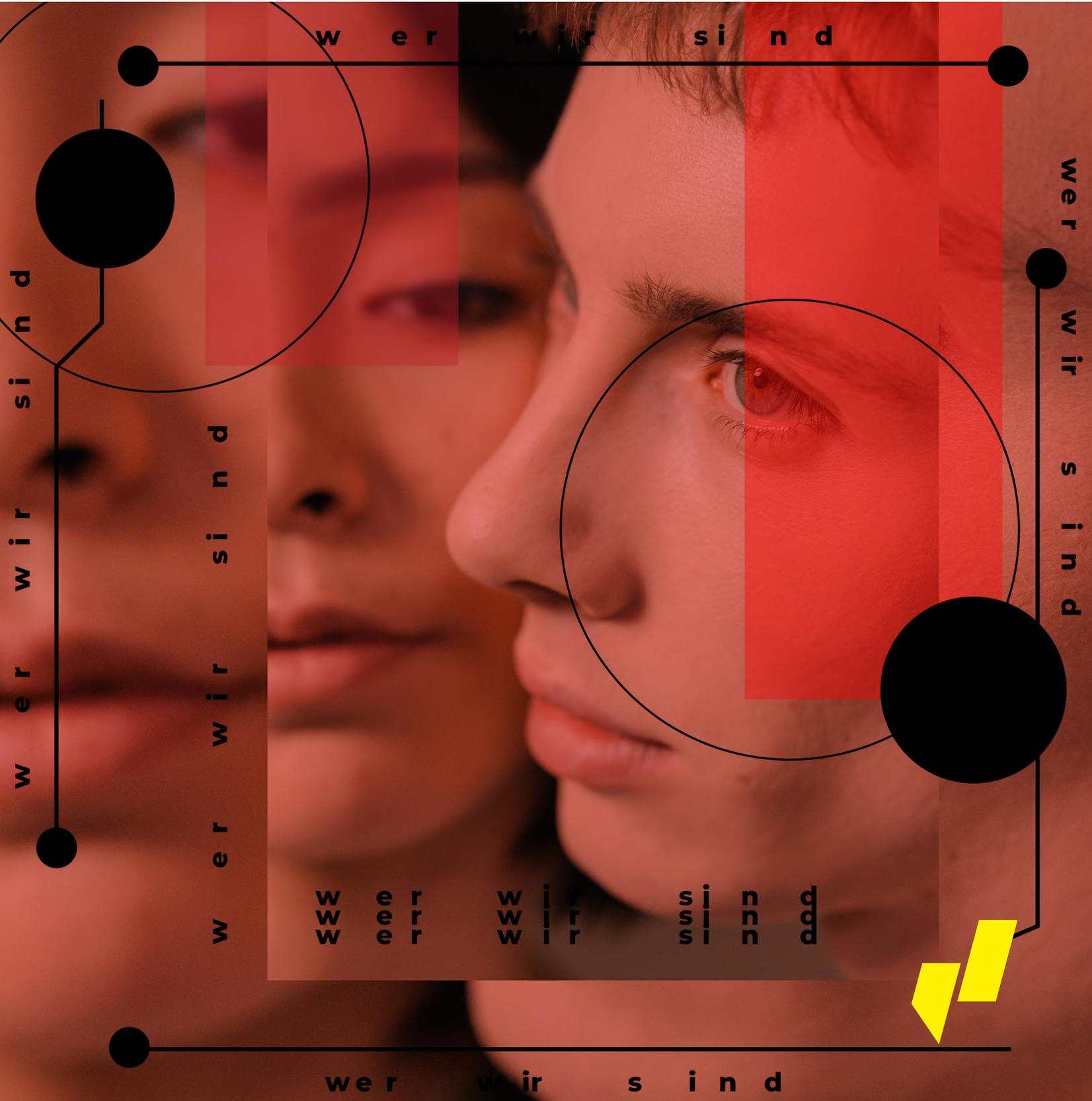




JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



w e r w i r s i n d

w e r w i r s i n d

w e r w i r s i n d

w w e r w i r s i n d

w e r w i r s i n d






Newsticker-App der Jungen Liberalen

Jetzt zum Download verfügbar



ANZEIGE



**HOCHSCHUL
SERVICE**

- private Krankheitskosten-Vollversicherungen sowie Zusatzversicherungen für gesetzlich Versicherte zu attraktiven Konditionen
- Versicherungsschutz einer gesetzlichen Krankenkasse sowie satzungsmäßige Mehrleistungen

Debeka

BKK

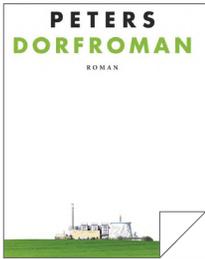
Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.

**Bereits im Studium perfekt
krankenversichert –
gesetzlich oder privat**



Info
(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de



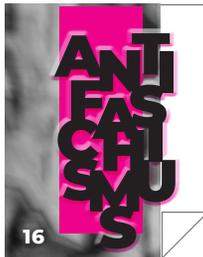
Libérale Buchempfehlung
Wer wir sind. Mit dieser Thematik beschäftigt sich auch der „Dorfroman“ von Christoph Peters. Matthias hat sich das Buch mal genauer angeschaut.



Youocracy Interview
Youocracy hat es sich zur Aufgabe gemacht, für mehr Demokratie und Teilhabe einzustehen. Überparteilich und sachlich diskutieren die Mitglieder miteinander. Kerry und Paavo stellen uns den Verein vor.



Parteien der Zukunft
Wie arbeitet die Partei der Zukunft? Was muss passieren, damit umfassende Teilhabe für jede:n gewährleistet werden kann. Marc hat seine Gedanken für uns aufgeschrieben.



Liberaler Antifaschismus
Können Liberale Antifaschist:innen sein? Natalie stellt sich der Frage und setzt die Debatte in einen historischen Kontext.

Die schwankende Demokratie in Polen 4

Demokratie ist anstrengend 6

Fridays for Freigeld 8

Das staatliche Währungsmonopol 9

Generation parteilos? 10

#politics 12

Wertewandel, Selbstverwirklichung und Kommunikation 14

Wie politisieren sich junge Menschen heutzutage? 15

Ist Antifaschismus liberal? 16

Manöver-Lob für Drogenpolitik 18

BuKo-Bericht 20

Für welche Inhalte brennen junge Menschen 21

Solidarität mit Aleksey Nawalny! 22

Schweigen ist Zeichen der Zustimmung 23

EDITORIAL 3

INTERNATIONALE SEITEN 20

LESEZEICHEN 23

IMPRESSUM 23

CHEFREDAKTION



FRANZ MÄRTL (21) studiert im 6. Semester Jura an der LMU in München. Neben dem Umweltschutz ist für ihn das Aufstiegsversprechen eine politische Herzensangelegenheit. Seine freie Zeit verbringt er mit einem guten Buch in der Hand oder auf einem Berggipfel. Ihr erreicht ihn unter: franz.maertl@julis.de

EDITORIAL

Liebe JuLis,

dieses Jahr darf man zurecht als Superwahljahr bezeichnen und wir haben es uns zum Ziel gesetzt, möglichst viele junge Menschen für liberale Ideen zu begeistern. Diesen jungen Menschen widmen wir diese Ausgabe der J+L, indem wir uns fragen, wer wir sind.

Was bewegt junge Menschen? Ist unsere Generation politisch und welche Themen liegen uns besonders am Herzen? Wie politisieren sich junge Menschen heutzutage und welchen Einfluss haben die sozialen Netzwerke auf diesen Prozess?

Außerdem freue ich mich, dass wir in der ersten Ausgabe des Jahres 2021 auch die ein oder andere inhaltliche Forderung diskutieren und thematisieren werden: So fragen wir uns, ob ein Währungsmonopol noch zeitgemäß ist und ob wir als Liberale uns als Antifaschist:innen bezeichnen können.

Ganz besonders freue ich mich über einen Gastbeitrag des Deutschen Hanfverbands. Georg Wurth als Pressesprecher des DHV nimmt sich unsere Drogenbeschlusslage vor und gibt uns den ein oder anderen Denkanstoß.

Ich wünsche Dir viel Spaß beim Lesen! Für Kritik, Fragen und Feedback erreichst Du mich jederzeit unter franz.maertl@julis.de.

Dein Franz

DIE SCHWINDENDE DEMOKRATIE IN POLEN

WIE DAS MITTEN IN EUROPA MÖGLICH IST

POLENS REGIERUNG HEBELT WEITER DEN RECHTSSTAAT AUS UND BESCHNEIDET BÜRGERRECHTE, WÄHREND DIE EU FAST TATENLOS ZUSCHAUT.

Der stetige Zerfall des polnischen Rechtsstaates begann 2015, als bei der Parlamentswahl die bürgerlich-liberale Koalition durch die nationalkonservative PiS (übersetzt Recht und Gerechtigkeit) und zwei kleinere Parteien abgelöst wurde. In der im Jahr 2019 wiedergewählten Koalition ist PiS diejenige Partei, die wegen des Mehrheitsverhältnisses die Richtung vorgibt. Der PiS-Parteivorsitzende Jaroslaw Kaczynski, der bis vor kurzem keinerlei Regierungsverantwortung getragen hat, bündelt die – beinahe gesamte – Macht in seiner Person. Er gilt als der wichtigste Strippenzieher der polnischen Politik und beeinflusst beinahe die gesamte Regierung. Somit existiert de facto kein politischer Diskurs innerhalb der Regierung und jeglicher „Ungehorsam“ innerhalb der Koalition wird im Keim erstickt.

Aufgrund des nationalkonservativen und sehr katholisch geprägten Leitbildes der Regierung, wird Polen Schritt für Schritt aus der europäischen Wertegemeinschaft herausgeführt. Darüber hinaus hebt man mit der umstrittenen Justizreform seit 2015 immer mehr Rechtsstaatsmechanismen aus. Die zunehmende Politisierung der Gerichtsbarkeiten, insbesondere der höchsten Gerichte, macht den Weg dafür frei.

Der polnische Verfassungsgerichtshof entscheidet als Pendant zum Bundesverfassungsgericht nicht mehr im Sinne der Verfassung, wozu er eigentlich verpflichtet ist, sondern im Sinne der Regierung. Das liegt nicht zuletzt daran, dass unbequeme RichterInnen mit dienstlichen Tricks

entweder entlassen oder durch die Absenkung des Renteneintrittsalters alsbald in Rente geschickt werden. Alle NachfolgerInnen haben ausnahmslos direkte Verbindungen zu den prominentesten RegierungspolitikerInnen und entscheiden in deren Sinne. Für RichterInnen in niedrigeren Instanzen, die nicht regierungstreu entscheiden, wurde eine Disziplinarkammer eingerichtet. In dieser wird anhand des Einzelfalls entschieden, ob die RichterInnen mit einer Geldstrafe, einer Gehaltskürzung oder einer beruflichen Abstufung überzogen werden.

Die Politisierung der polnischen Gerichtsbarkeit ermöglicht der Regierung eine Reihe von Reformen, die teilweise oder gar nicht mit der polnischen Verfassung sowie dem EU-Vertrag vereinbar sind. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Verschärfung des polnischen Abtreibungsrechts, das schon vor der Reform ohnehin als sehr streng galt. ProtestteilnehmerInnen erfahren Polizeigewalt oder werden ohne rechtliche Grundlage sanktioniert. Die Oppositionsparteien bieten kostenlose Rechtsberatungen an.

Die Europäische Union wird bei den Sanktionsverfahren vom Einstimmigkeitsprinzip gebremst, denn dieses Votum ist für harte Sanktionen erforderlich. Die Bindung der EU-Finanzmittel an die Rechtsstaatlichkeit ist insoweit wenig beeindruckend für die polnische

Regierung, da sich diese des schwindenden gesellschaftlichen Rückhalts bewusst ist. Durch das Erkaufen von Wählerstimmen in Form unverhältnismäßiger Sozialleistungen ist Polens Liquidität für die nächsten Jahrzehnte nicht sicher. Da die PiS-Wähler überwiegend älter als 55 sind, sind die Regierungsmaßnahmen sowie die Geldkürzungen langfristig nicht generationengerecht. Deshalb: Solidarisieren wir uns mit den DemokratenInnen in Polen, versuchen wir gemeinsam die Spaltung zwischen der EU und Polen zu verringern, aber schauen wir nicht länger (fast) tatenlos zu. Die EU-Sanktionsmechanismen sind nicht die einzige Möglichkeit, die wir haben.



KAROLINA JANUSZKIEWICZ

(22) studiert Jura an der Ruhr-Uni Bochum, ist Beisitzerin im Kreisvorstand der JuLis Bochum und ist erreichbar unter karolinajanuszkiewicz@outlook.com.

LIBERALE BUCHEMPFEHLUNG

**Dorfroman***Christoph Peters*

Um zu wissen, welche Chancen unserer Generation offenstehen, genügt ein Blick zurück. Politisierung war lange Zeit vor allem vom Elternhaus und dem sozialen Umfeld geprägt. Ein Buch, das diese Abhängigkeit ganz wunderbar beschreibt, ist der „Dorfroman“ von Christoph Peters. 2020 erschienen bei Luchterhand erzählt er auf 416 Seiten die Geschichte eines jungen Mannes, nämlich sich selbst, der nahe Kalkar an der niederländischen Grenze im fiktiven Örtchen Hülkendonck aufwächst. Dort soll ein Kernkraftwerk gebaut werden. Das Projekt spaltet den Ort, trennt Generationen und politisiert eine Gegend, die so herrlich weit weg von jeder Tagespolitik existiert. Im Hülkendonck der 1970er-Jahre weiß man, wer bei Wahlen wo sein Kreuzchen setzt. Da gibt es ein paar Einwohner:innen, die man schräg anschaut, weil das Votum nicht auf die Christdemokratie fällt. Wie sollte man auch auf eine andere Idee kommen, wenn der Vater es einen so lehrt? Bäuerlich, katholisch, konservativ – in dieses Umfeld kehrt der Protagonist nach Jahrzehnte vergangenem Abschied zurück. Die dörfliche Idylle wird in dessen Kindheit schleichend ins Wanken gebracht. Die Idee, einen „Schnellen Brüter“ am Rande des Dorfes zu platzieren, stößt nicht auf allgemeine Freude. Gleichgültigkeit, Skepsis, Profitstreben und Widerstand mischen sich innerhalb von Hülkendonck ab. Und auch die Kirche hat ein Wörtchen mitzureden, soll das Bauwerk doch auf deren Grund und Boden errichtet werden.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung schlägt ihre Wurzeln auf dem Gelände eines Widerstandskämpfers. Dort lernt der 15-jährige Protagonist Juliane kennen, die ihn in ihren Bann zieht. Seine Zuneigung zu ihr drängt ihn zur Emanzipation vom konservativen Elternhaus und lässt einen schmetterlingfangenden Teenager, der bisher nur die Sendungen seines persönlichen TV-Stars und Tierfilmers Heinz Sielmann im Kopf hat, zu einem kleinen Helden werden, der seinen eigenen Weg im

Kampf gegen den Schnellen Brüter und mit Juliane geht. Er wird sich viele Jahre später fragen, was ihn mit seiner Heimat im Schatten des Atomkraftwerks, das nie ans Netz ging, überhaupt noch verbindet. Christoph Peters Roman besticht insbesondere durch die Darstellung des Mikrokosmos Dorf. Die Strukturen eines kleinen Örtchens am Rande zum Nirgendwo derart treffend und greifbar zu präsentieren und wie dort Politik stattfindet, ist eine verdammt hohe Kunst. Da nützen Peters vor allem drei Zeitebenen. Er lässt den Protagonisten aus Sicht des kindlich-naiven Grundschulkindes erzählen – ehrlicher und erfrischender geht nicht. Hauptsächlich erleben wir seine Geschichte aber aus den Handlungen des Teenagers, dessen Zerrissenheit offenkundig wird. Die Rückschau als erwachsener Mann, der seine hoch betagten Eltern besucht, ist trotz offenkundiger Entfremdung keine Abrechnung, sondern ein liebevolles Erinnern. Die emotionale Bindung zu einem Ort aus drei Perspektiven zu erfahren, die unterschiedlicher kaum sein könnten, ist ein wunderbares literarisches Erlebnis.

Politiert werden wir nur noch selten durch das Elternhaus, ein paar Hippies am Ortsrand oder Dokumentationen im Öffentlich-Rechtlichen. Heute ist Information überall. Die Distanz zwischen Dorf und Politik bleibt dennoch bestehen.

*julis.de.*

MATTHIAS KEIDEL (22) hat vor zwölf Jahren nicht nur den Weg zu den Jungen Liberalen, sondern auch seine Leidenschaft für Literatur gefunden. Du erreichst ihn unter keidel@julis.de

ANZEIGE

EUROPA MUSS HANDELN

Svenja Hahn

Im Fokus meiner Arbeit im Europäischen Parlament und der liberalen Renew Europe Fraktion steht der Handel. Mit einer wertebasierten und engagierten Freihandelspolitik kann die EU die Welt gestalten, Menschenrechte und Umwelt schützen. Gleichzeitig sichert der Handel mit der Welt den europäischen Wohlstand und kann die EU zu einem Innovationsstandort für Digitalisierung und künstliche Intelligenz machen. Das bietet jungen Europäer:innen die Perspektiven, die sie heute brauchen.

📍 @svenja_ilona_hahn
 📘 /svenjahahnfdp
 🐦 /svenja_hahn

renew
europe.

„DEMOKRATIE IST ANSTRENGEND“

EIN GESPRÄCH ÜBER SOCIAL MEDIA, PARTEIEN UND DEN ANSTOSS ZUR DEBATTE

Paavo: Unserer Generation, der dieses Magazin gewidmet ist, wird häufig Politikverdrossenheit vorgeworfen. Studien belegen aber das Gegenteil. Seit 2002 wächst das politische Interesse und fast jede:r zweite Jugendliche ist politisch interessiert. Auf der anderen Seite stellt die SINUS-Jugendstudie fest, dass viele Jugendliche ein Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit haben. Wie bewertest du diese widersprüchlich wirkenden Entwicklungen?

Kerry: Dass das grundsätzliche Interesse an Politik wächst, ist erstmal wahnsinnig positiv. Was uns Sorge machen sollte, ist diese Dissonanz zwischen „Ich interessiere mich dafür“ und „Ich habe das Gefühl, nicht gehört zu werden“.

P: Viele Studien belegen, dass das Vertrauen in die politischen Parteien sinkt. Junge Leute nehmen eher Abstand von Parteien, stattdessen interessant sind Bewegungen. Das Beispiel natürlich: Fridays for Future, die ja selbst kritisch zu betrachten sind, was demokratische Strukturen betrifft.

K: Jeder, der parteipolitisch aktiv ist, weiß, dass Parteipolitik anstrengend ist. Debatte ist anstrengend. Engagement bei FfF ist im Vergleich sehr niedrigschwellig – bei einem sehr hohen, gerade auch medialen Effekt. Also: Demokratie kostet viel Kraft. Ich weiß nicht genau, wer mal gesagt hat „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – ausgenommen alle anderen.“ [Paavo: „Winston Churchill“, beide lachen] Und ich weiß nicht, ob unserer Generation nicht der Kick fehlt, sich dieser Anstrengung zu stellen.

P: Spitzen wir es nochmal zu: In Deutsch-

land ist Luisa Neubauer das Symbol von FfF und setzt sich immer wieder kritisch mit Politik, Strukturen und Vertreter:innen auseinander. Ist Luisa Neubauer eine Gefahr für die Demokratie?

K: [lacht] Herrliche Frage. Luisa Neubauer tätigt öfters Aussagen, wie „bei der Klimakrise reden wir über Physik. Wenn wir so tun, als ließe sich darüber verhandeln, geben wir uns einer Illusion hin, die realitätsfremd ist“. Für mein Demokratieverständnis ist das höchst problematisch. Natürlich ist Klimapolitik das Thema unserer Generation. Gerade deshalb müssen wir aber auch Argumente liefern, uns der Debatte stellen, Mehrheiten finden und bereit sein, zu verhandeln. Zu sagen, ein Ziel sei so wichtig, dass wir den demokratischen Prozess umgehen könnten oder sogar müssten, ist ein sehr gefährlicher Ansatz.

P: Ich glaube, hier wird versucht, inhaltlichen Zielen den Prozess und den Rahmen der Verhandlung von Inhalten unterzuordnen. Damit verletzt man ein Stückweit die demokratischen Spielregeln. [Kerry nickt] Aber müssen wir nicht auch fragen: Haben nicht nur immer mehr junge Leute ein Demokratieproblem, sondern hat die Demokratie auch ein Problem, junge Leute zu erreichen? Welche Rolle spielen hier die Parteien?

K: [überlegt] Klar ist: Der Handlungsauftrag liegt nicht alleine bei den jungen Menschen. Es ist an den demokratischen Parteien und Institutionen, Wege zu finden, junge Menschen zu beteiligen. Wir als junge Parteipolitiker haben es in der Hand. In der Kommunikation nach außen, mit Kommilitonen

und Freunden müssen wir die allgemeine Debatte und den Diskurs noch stärker befeuern.

P: Ich glaube, als Botschafter:innen der parlamentarischen Demokratie haben junge politikbegeisterte Menschen den Job, als Multiplikatoren zu fungieren. Ein Politiker der Grünen hat neulich bei Twitter geschrieben, er wolle „mit manchen Akteuren der politischen Rechten [...] gar nicht reden. Zum Beispiel Boris Palmer [...]“. Die fehlende Bereitschaft, sich sogar in der eigenen Partei auszutauschen, finde ich höchst besorgniserregend.

K: Vier Punkte. 1. Demokratie ist anstrengend. Wenn ich von meiner Meinung überzeugt bin, muss ich auch bereit sein, diese zu verteidigen. 2. Wir erleben eine sehr starke Moralisierung des Diskurses. Beispiel Migrationspolitik und Klimadebatte: Plötzlich gab es nur noch gut und böse. 3. Der Blick auf unsere Kommunikationsmittel: Soziale Medien verleiten dazu, sich mit Meinungen zu umgeben, die der eigenen entsprechen. Durch diese Bubbles geht das Verständnis dafür verloren, dass es noch Meinungen gibt, die der eigenen nicht entsprechen; das senkt gesellschaftsübergreifend die Diskursbereitschaft. 4. Ich glaube, oftmals debattieren wir nicht mehr über die Fundiertheit unserer Argumente, sondern streiten bezüglich der zugrundeliegenden Wahrheiten. Uns fehlt eine gemeinsame Wahrheit oder Faktenbasis, auf deren Grundlage wir streiten können.

P: Du hast das sehr pointiert auf den Punkt gebracht. Was unsere Generation nicht mehr berücksichtigt, ist, dass der Pluralismus eigentlich die Debatte auszeichnen soll. Wenn es kein Angebot, keine Palette an legitimen Meinungen gäbe, wäre jede Debatte sinnlos. Das heißt, wir sind vielleicht auf dem richtigen Weg, wenn wir den Pluralismus wieder in den Blick nehmen. Die Frage also an dich: Was sind Lösungsansätze?

K: Ich bin Teil eines Projekts namens youmocracy (you und democracy). Wir möchten digitale und analoge Diskussionsforen aufbauen und junge Menschen zum überparteilichen Austausch anregen. Momentan sind wir bisher hauptsächlich auf Instagram aktiv und gestalten dort politische Themenwochen, wo wir eine Faktengrundlage präsentieren, verschiedene Meinungen abbilden und damit einen Ausgangspunkt für weitere Diskussionen schaffen. Die Idee dahinter ist, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen, auf der man dann diskutieren kann. Meinungs-austausch ist anstrengend, man muss sich Anderen stellen und sachlich fundiert begründen. Dafür braucht es Anstöße und genau diesen Push wollen wir mit youmocracy liefern.

P: Wer steckt denn hinter youmocracy?

K: Wir sind junge Menschen aus ganz Deutschland, aus den verschiedensten Par-

teien und Fachrichtungen – es ist eine ganz, ganz bunte Mischung. Wir alle sind der Auffassung: In unseren jeweiligen parteipolitischen Bubbles funktioniert der Diskurs, aber in der breiten Bevölkerung braucht es deutlich mehr Austausch. Während der Pandemie nutzen wir Instagram als Plattform, um junge Menschen direkt zu erreichen, aber ist es unser Ziel, zusätzlich regionale Diskussionsforen an Bildungseinrichtungen aller Art aufzubauen, weil die komplexen Probleme dieser Welt auf Social Media allein einfach nicht ver-

nünftig erklärt und debattiert werden können. Ich glaube, wir machen uns etwas vor, wenn wir sagen, politischer Diskurs kann allein über Social Media funktionieren. Also: Unsere digitale Plattform ist ein wichtiger Anker, aber das Ziel ist, junge Menschen wirklich an einen Tisch zu bringen.

P: Daumen sind gedrückt. Letzter Teil des Werbeblocks [Kerry lacht]. Wenn das jetzt jemand liest und denkt, „das ist etwas für mich“ – wie kann diese Person youmocracy unterstützen?

K: Man kann uns natürlich erstmal auf Instagram unter @youmocracy folgen. Und wenn man sich weitergehend einbringen möchte, kann man sich sehr gerne bei mir melden. Wir suchen grundsätzlich immer junge, engagierte Leute, momentan aber insbesondere Unterstützung im Bereich Grafikdesign. Mein erster Appell ist aber: Diskutiert mit. Geht auf Instagram, bringt euch ein und sobald wir analoge Foren haben, gilt dort natürlich das Gleiche – denn unser Slogan ist „Demokratie braucht Dich“. Es braucht Beteiligung und vielfältige Meinungen, davon lebt die ganze Idee.

P: Herzlichen Dank für deine Zeit und viel Erfolg.



KERRY HOPPE (19) studiert Rechtswissenschaften an der LMU. Sie ist 2. Vorsitzende von youmocracy e. V. und setzt sich für die Verbesserung der Debattenkultur unter jungen Menschen ein. Du erreichst sie unter kerry.hoppe@t-online.de.



PAAVO CZWIKLA (25) studiert in Münster Philosophie im Master, ist Beisitzer im Landesvorstand der JuLis NRW und Kreisvorsitzender der FDP Münster. Er interessiert sich für moderne Parteistrukturen und Formen der Beteiligung. Du erreichst ihn unter paa-vo.czwikla@julis-nrw.de.

FRIDAYS FOR FREIGELD

FÜR EINE JUGENDLICHE FREIGELDBEWEGUNG MIT LIBERALEN AN DER SPITZE.

Stell Dir vor, es ist Freitag. Alle jungen Leute Deiner Stadt treffen sich wieder vor dem örtlichen Rathaus, um zu demonstrieren. Aber nicht wie sonst contra Kapitalismus und pro staatliche Bevormundung, sondern für freie Währungen als Bollwerk der Freiheit und gegen das staatliche Währungsmonopol. Wieso Letzteres so gefährlich ist und freie Währungen mehr Freiheit versprechen.

Zum Status Quo: Derzeit ist der Euro, als Banknote, das rechtlich einzig universelle Zahlungsmittel – ein krasser Wettbewerbsvorteil gegenüber privaten Währungen. Die Europäische Zentralbank lenkt die Geldpolitik im Euroraum, soll für moderates Wirtschaftswachstum sorgen und den Euro stabil halten. Dafür hat sie das Monopol zum Gelddrucken – sie bestimmt die Menge des Euros. Und sie kann Zinsen nach Belieben festsetzen, um zu versuchen, jene Ziele zu erreichen. Außerdem kann sie Staaten finanzieren, in dem sie ihre Anleihen kauft. So viel grob zur EZB.

DAS ENDE DES PREISES ALS INFORMATIONSQUELLE

Zunächst eines der größten Probleme: Die Zinsen. Sie dienen als Preis für Geld und sind damit die Information über Angebot und Nachfrage. Zumindest sollten sie das sein. Die Zentralbanken treten diesen Kern der Marktidee aber

mit Füßen – Zinsen werden aktuell künstlich unverschämte niedrig gehalten und spiegeln damit weder die Nachfrage noch das Angebot an Geld wider. Das führt zwangsläufig zu Marktverzerrungen.

FREIE WÄHRUNGEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Dadurch befeuern die Zentralbanken den Klimawandel, was auf der Demo zu Empörung führen sollte. Investoren haben ohne echten Preis keinen zuverlässigen Überblick über die Nachfrage: So kommt es zu abgebrochenen und leerstehenden Bauprojekten. Für den Klimawandel ein Teufel! Sollte FFF also bald wieder richtig losgehen, müssen wir freitags Schilder sehen, auf denen es heißt: „Fuck the ECB, not the climate!“

DIE SOZIALE FRAGE DES FREIEN GELDES

Aber unsere Generation geht es nicht nur um das Klima. Wir sind hochpolitisch. Vielen von uns geht es auch um die Garantie des sozialen Aufstieges. Staatliche Währungsmonopole haben immer wieder große Inflationen hervorgebracht – auf einmal ist Dein Geld nichts mehr wert – und Verlierer der Inflation waren und werden unter anderem immer die jungen, sozial Aufstrebenden mit ihren Ersparnissen sein.

Ersparnisse klingen erstmal spießig, sind aber fester Bestandteil

sozialen Aufstieges. Der türkische Einwanderer, der für das Studium seiner Tochter monatlich auf einem Sparsbuch spart, verliert in einer großen Inflation alles. Das junge Paar, das hart für die erste Eigentumswohnung arbeitet, ist seine Ersparnisse ebenfalls los. Das großartige deutsche Versprechen „Deinen Kindern soll es mal besser gehen als Dir“ hängt also auch von stabiler Geldpolitik ab.

EGNER FREIER WÄHRUNGEN

Selbstverständlich gibt es auch Gegner freier Währungen. Diese argumentieren, mit privatem Geld könnten illegale Geschäfte florieren, denn ähnlich wie beim Bargeld ist eine Kontrolle fast unmöglich. Außerdem heißt es, Geldpolitik sei unerlässlich für den Staat. Er muss so die Möglichkeit haben, Einfluss auf zum Beispiel das Wirtschaftswachstum zu nehmen. Und Du hast Dir jetzt sicherlich gedacht: „Klingt in der Theorie alles super, aber gerade junge Menschen wissen dann nicht, welche der 200 Währungen die beste ist und verlieren den Überblick.“

DER MARKT ALS BESTER ANWALT DES BÜRGERS

Dann benutze eben weiter den Euro. Der Staat befindet sich nur plötzlich im Wettbewerb. Vertreibt er schlechtes Geld, bist Du nicht mehr gezwungen, es zu nutzen –

der Staat kommt in Zugzwang. Er muss sein Geld verbessern, sonst benutzt es bald keiner mehr. Es geht am Ende auch nicht darum, dem Staat komplett die Währung zu nehmen. Er soll ihn ärgernde Mitbewerber haben und wir somit eine größere Auswahl. Denn eines ist doch klar: Da wo der Staat ein Monopol hat, funktioniert nichts. Das kannst Du ja mal auf der Bahnfahrt zum nächsten BuKo testen! Oder auf der Busfahrt mit dem örtlichen ÖPNV zur ersten „Fridays for Freigeld“-Demo, auf der sich dann nicht nur Liberale tummeln. Klimaschützer, Sozialpolitiker und Libertäre – echte Diversität. Auf den Bannern findet man großartige Sprüche von „Burn the currency monopoly - not coal“, bis hin zu „Fuck me - not my savings“. Wo meine Forderung zunächst nach radikalem Neoliberalismus klang, siehst du jetzt, wie mehrheitsfähig sie eigentlich ist. Also: Freigeister aller Parteien, vereinigt Euch!



TORBEN HUNSDÖRFER (17) macht nächstes Jahr Abitur.

Derzeit ist er stellvertretender Kreisvorsitzender der JuLis Lippe und brennt für einen Staat, der ihn möglichst in Ruhe lässt. Neben der Schule studiert er Jura in einem Frühstudium und liest für sein Leben gerne. Du erreichst ihn unter torbenhundsdoerfer@julis.de.

Die Abschaffung des staatlichen Währungsmonopols war lange Zeit eine Nischendiskussion, dessen Umsetzung, von wenigen prominenten Ausnahmen abgesehen, nie ernsthaft in Betracht gezogen wurde. Das liegt sicher nicht am Mangel von Beispielen des Scheiterns staatlicher Währungen, sondern vielmehr an den Negativverfahren mit Free-Banking-Systemen ohne eine staatliche Institution, die Verantwor-

tisch möglich, dass private Währungen den Druck auf staatliche Institutionen wie Zentralbanken aufrechterhalten und damit zur Geldwertstabilität beitragen. Dafür benötigt es aber keine Abschaffung des staatlichen Währungsmonopols. Denn anders als der Begriff Monopol vermuten lässt, kann es in einem Staat sehr wohl weitere Zahlungsmittel neben dem gesetzlichen Zahlungsmittel geben. Bereits heute steht es Geschäftsleuten und Bürge-

schwankt.

Zudem entwickeln sich auch staatliche Zahlungsmittel weiter. Zahlreiche Zentralbanken entwickeln digitale Währungen und arbeiten an Zahlungsmitteln, die nicht nur stabil sind, sondern auch anonyme digitale Zahlungsformen ermöglichen. Ob sich daneben private Währungen als veritable Alternative etablieren können, bleibt abzuwarten. Bei der Frage über die Notwendigkeit eines gesetzlichen

DAS STAATLICHE WÄHRUNGSMONOPOL – EIN MONOPOL, DAS KEINES IST UND TROTZDEM NÜTZT

tung für das Geldsystem übernimmt. Nicht nur unter liberalen Ökonomen und Ökonominnen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine unabhängige Zentralbank am besten geeignet ist, um für das öffentliche Gut einer stabilen Währung zu sorgen. Geld ist kein Produkt wie jedes andere, es hat in einer marktwirtschaftlichen Ordnung drei zentrale Funktionen: Tauschmittel, Recheneinheit und Wertspeicher.

Seit dem Aufkommen von Kryptowährungen wie Bitcoin oder den Plänen von Facebook, die eigene Währung Libra zu entwickeln, hat die lange verstummte Diskussion über das staatliche Währungsmonopol erneut Fahrt aufgenommen. Die Blockchain-Technologie verspricht ein sicheres digitales Tauschmittel, das nicht von einem zentralen Intermediär abhängig ist, sondern durch ein dezentrales Netzwerk mithilfe von Kryptografie und Rechenleistung verwaltet wird. Gerade in Ländern mit instabilen Währungen und autokratischen Regierungen können Kryptowährungen eine stabile Alternative zu einer politisierten und inflationären Staatswährung oder einem fragilen Finanzsystem bieten. Auch in Räumen mit einer stabilen Währung wie zum Beispiel der Eurozone ist es theore-

rinnen frei, bitcoins, Ethereum oder andere Waren als zusätzliches Zahlungsmittel zu akzeptieren. Ein Verbot von Kryptowährung ist nach einschlägiger juristischer Einschätzung nicht mit unserer Rechtsordnung vereinbar. Ein solches Verbot wäre auch weder wünschens- noch durchsetzbar.

Die Tatsache, dass die bitcoin bisher in erster Linie als Anlageform und weniger als Tauchmittel genutzt wird, hängt auch mit der hohen Volatilität also den Wertschwankungen zusammen. Bisher hat es noch keine der bekannten privaten Währungen geschafft, alle drei Funktionen einer Währung unstrittig zu erfüllen. In der makroökonomischen Forschung wird bereits darüber diskutiert, inwieweit es in Zukunft unterschiedlichste Zahlungsmittel geben könnte, die nur einzelne Funktionen einer Währung übernehmen. Eine staatliche Währung und das gesetzliche Zahlungsmittel sind dabei als Rückfalloption ein echter Freiheitsgewinn für Menschen und Unternehmen. Ich bin dankbar, dass es in der Eurozone mit dem Euro ein gesetzliches Zahlungsmittel gibt, für dessen Stabilität die Europäische Zentralbank sorgt und der Wert meiner Wohnungsmiete nicht täglich um 10%

Zahlungsmittels sollte es uns aber um das Ziel der Währungsstabilität gehen. Die historischen Erfahrungen zeigen, dass eine unabhängige Zentralbank mit einem Mandat für Preisstabilität der beste Weg für eine langfristig stabile und funktionierende Währung ist. Wer stabile Währungen und Währungswettbewerb möchte, ist besser beraten, nicht über die Abschaffung des Währungsmonopols zu spekulieren, sondern sich mit konstruktiven Ideen zu einem belastbaren Rechtsrahmen für digitale Währungen an der Diskussion zu beteiligen.



SVEN HILGERS (31) war mal stellvertretender Bundesvorsitzender für Programmatik der Jungen Liberalen und schreibt derzeit an seiner Promotion über den Wandel der Europäischen Zentralbank an der Freien Universität Berlin. Du erreichst ihn unter: hilgers@julius.de

GENERATION PARTEILOS?

Politische Willensbildung in der Bundesrepublik funktioniert traditionell über die Parteien – sie sind die Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft, sie eröffnen den Weg ins Parlament, in Minister- und hohe Verwaltungsämter sowie in die höchsten Gerichte. Wer Politik nicht nur passiv miterleben, sondern gestalten will, kommt über eine Parteimitgliedschaft nicht herum – und die Jugendorganisationen sind die erste Anlaufstelle für interessierte Jugendliche. Wie können die Jungen Liberalen dieser Aufgabe auch in der heutigen Zeit gerecht werden?

Dieses klassische Bild ist heute komplizierter geworden. Die Parteijugendorganisationen konkurrieren mit Verbänden, die einzelne Themen bespielen oder Gruppen repräsentieren, mit Initiativen, die kurzfristig eine bestimmte Forderung durchsetzen wollen, und mit Bewegungen wie „Fridays for Future“, die sich durch ein hohes Maß an organisatorischer Flexibilität und Dynamik auszeichnen. In manchen Staaten hat dies die traditionellen Parteistrukturen bereits erheblich unter Druck gesetzt, wie die 5-Sterne-Bewegung in Italien und Macrons En Marche in Frankreich deutlich zeigen. Aber auch die Kandidatur Donald Trumps in den USA wurde ermöglicht durch die Ablösung einer funktionsgestützten Parteienstruktur durch ein basisdemokratisches System, in dem die Parteien zunehmend nur noch als lockere Plattformen für einzelne Kandidaten erscheinen. Auch in Deutschland geht der Trend zur Basisdemokratie in den Parteien, während auf Kommunebene die schrumpfenden Mitgliedszahlen der Parteien Raum für lokale Bürgerlisten und unabhängige Bürgermeister lassen.

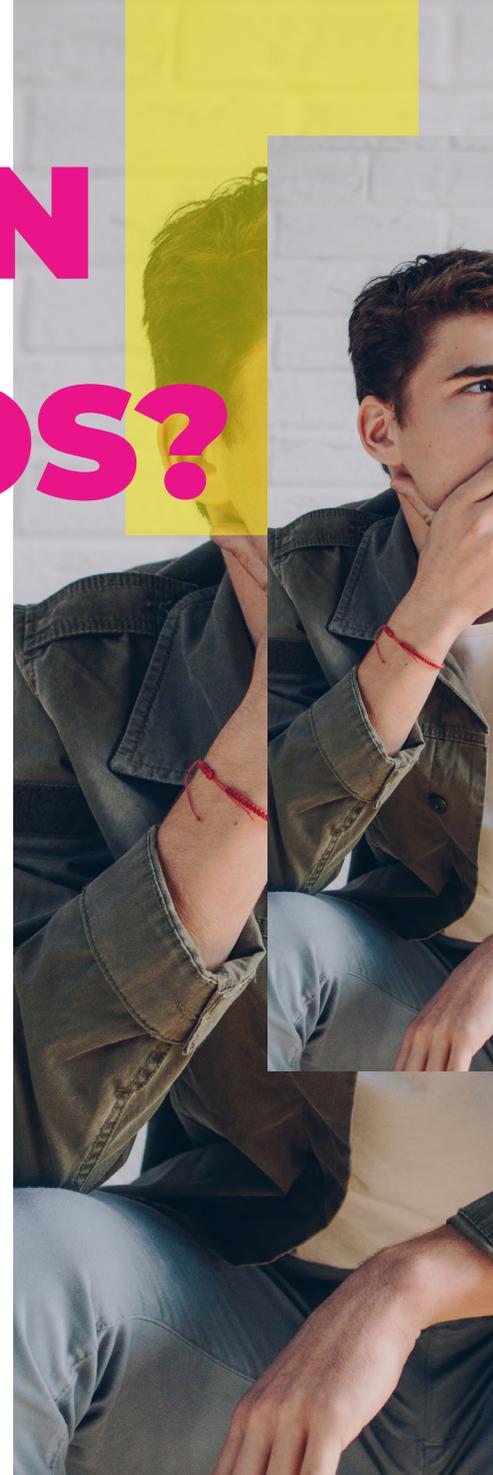
NOCH EINE CHANCE FÜR DIE LIBERALEN?

Für die Idee der Freiheit ist diese Tendenz Gefahr und Chance zugleich. Bisher scheint es, als seien die Stimmen, die Individualismus, Marktwirtschaft und einen schlanken Staat fordern, in den neuen Bewegungen unterrepräsentiert. Auch die meisten Onlinepetitionen und viralen Phänomene zielen eher reflexhaft auf immer neue Eingriffe des Staates. Das Beispiel Frankreich aber zeigt: Man kann auch mit der Forderung nach Reformen und dem Vorgehen gegen Bürokratie und verkrustete Strukturen Menschen mobilisieren. Gelingt es dem Liberalismus, die gewandelten Anforderungen besser als andere zu erfüllen, erwächst ihm ein wertvoller Attraktivitätsvorsprung.

Klar ist: Um den Liberalismus attraktiv zu machen, müssen die Jungen Liberalen attraktiv sein. Dazu ist eine doppelte Strategie erforderlich. Einerseits gilt es die Vorzüge einer politischen Jugendorganisation noch deutlicher auszuspielen. Andererseits muss es eine stärkere Ausstrahlungswirkung in den vor(partei)politischen Raum geben.

VEREINSMEIEREI VS. MODERNE VERBANDSKULTUR

Die Verbesserung unserer Verbandskultur ist eine vielschichtige Herausforderung. Die sinkende Attraktivität von Parteien ist eng verknüpft mit der allgemein gestiegenen Sensibilität für Vielfalt. Dieses Thema verdient einen eigenen Artikel. Hier möchte ich mich auf einen Punkt konzentrieren, der am stärksten mit dem Attraktivitätsverlust gerade der Struktur „Partei“ zu tun hat. Die Einbindung und Wertschätzung





von Mitgliedern außerhalb des klassischen Vorstandsamtes und der territorialen Gliederung ist ein Dauerthema. Projektbezogenes Engagement muss leichter werden, sodass auch eingeschränkte zeitliche Kapazitäten oder der eigene Aufenthaltsort nicht zum Hindernis werden. Es braucht auch eine veränderte Haltung, die sich von einer Überbetonung von Status- und Machtattributen löst. Wertschätzung kann und sollte sich anders äußern als in der Schaffung immer neuer Posten und Titel – muss dann aber auch ernsthaft und authentisch gelebt werden.

Denn natürlich ist Engagement nicht selbstverständlich und sollte die entsprechende Anerkennung erhalten.

Weniger Vereinsmeierei wagen, liegt in der Hand jedes Einzelnen. Jeder kennt Grußworte, Aussprache- und Redebeiträge, die – sei es bei Kongressen oder Vorstandssitzungen – wenig der Sache und mehr der eigenen Darstellung dienen oder schlicht reiner Selbstzweck sind. Nicht jede Tradition erfüllt aber heute noch ihren Zweck. Bei vielen Postings in den sozialen Medien fehlt uns zu oft der Blick dafür, dass die eigene Bubble Dinge anders aufnimmt als noch zu überzeugende Interessierte. Innere Struktur und äußere Präsentation sollten deutlich stärker einen offenen Verband zeigen, der nicht die negativen Klischees von Vereinsarbeit vermeintlich bestätigt.

PARTEILOS HEISST NICHT UNPOLITISCH

Um Menschen von liberalen Ideen zu begeistern, reicht es nicht, Parteiarbeit zu machen und zu warten, dass sie vorbeikommen. Die heranwachsende Generation mag parteilos sein, unpolitisch ist sie nicht. Sie erwartet, dass auch außerhalb der klassischen Partei Politik gemacht wird. Politische Durchsetzungsfähigkeit baut auf der Relevanz in und der Dominanz von gesellschaftlichen Räumen auf. Hier müssen wir besser werden und – auch wenn es schwerfällt! – zugeben, wie erfolgreich grüne und linke Vorfeldarbeit ist. Wir müssen in die Hochschulgremien und -gruppen, die Schülervertretungen, die NGOs, die Berufsverbände. Warum gibt es bei Juristen, Medizinerinnen und vielen anderen Berufsgruppen oft entweder nur unpolitische oder Vereinigungen mit linker Tendenz? Auch Auszubilden-

denvertretungen und Betriebsräte sind nicht die Erbhöfe linker Interessensvertreter. Vermeintlich links oder grün angehauchte Themen sind unliberal und lassen sich liberalen framen – wer aber Themenfelder wie Menschenrechte oder Umwelt von vornherein preisgibt, verliert die Jugend und damit seine Zukunft.

Die Breite des gesellschaftlichen Bodens zu beackern erfordert die passenden Werkzeuge. Mit Demos und Petitionen, Hashtags und medial inszenierten Aktionen erreicht man Kreise, die sich herzlich wenig für Wahlprogramme, Beschlussarchive oder philosophische Konzepte interessieren. Liberalismus mag in unserer traditionell staatsgewöhnten Gesellschaft einen schweren Stand haben: Umso mehr ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass er in den für ihn prinzipiell empfänglichen Kreisen populär wird. Das Beispiel der Grünen zeigt auch wiederum, dass auch eine gesamtgesellschaftliche Minorität, geschickt und selbstbewusst repräsentiert, maßgeblichen Einfluss auf die politische Entwicklung nehmen kann.

BLEIBEN WIR MUTIG!

Die Herausforderungen für die Sache der Freiheit sind groß. Der Hinweis auf einen kollektivistisch, zuweilen autoritär geprägten Zeitgeist mag faktisch zutreffen, darf aber nicht zur Resignation führen. Eine weitere Lehre aus dem Aufstieg der Grünen ist, dass Beharrlichkeit bei der Verfechtung des eigenen Markenkerns sich langfristig auszeichnet. Überzeugungskraft haben liberale Ideen nur, wenn ihre Übermittler – sowohl in der Partei wie auch außerhalb formeller Parteistrukturen – selbst an sie glauben und mit Nachdruck vertreten. Ein „Liberalismus light“, der dem politischen Wettbewerber schon vor der Wahl die Hälfte des breiten Weges zu mehr Staat und weniger Individuum entgegenkommt, führt in die Irre. Unsere Überzeugungen sind es wert, für sie zu kämpfen – nicht nur im Wahlkampf, sondern jeden Tag in der Gesellschaft. So sorgen wir dafür, dass die Fahne der Freiheit auch in der nächsten Generation hochgehalten wird.



MARC BAUER (26) ist Jurist und Mitglied des Bundesvorstandes. Du erreichst ihn unter marc.bauer@julius.de.

#POLITIC

- WIE SICH UNSERE GENERATION MIT UND DURCH SOCIAL MEDIA POLITISIERT

Immer wieder heißt es, die Generation Z, also all jene, die nach 1995 geboren sind, interessiert sich nicht für Politik. Doch dabei sind es gerade die Jüngeren, die die Debatten um New Work, Diversität, Erderwärmung und Gleichberechtigung anstoßen. Und was könnte politischer sein als all das? Und gibt es nicht einen anderen Weg, als den einer Parteizugehörigkeit, um politische Statements zu setzen?

Jede Generation hat ihre eigene Art und Weise, sich zu politisieren. Die 68er-Generation hatte ihre Sitzblockaden, die 80er ihre Massendemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss, die 90er ihre Petitionen gegen Atomkraft und Generation Z hat Social Media. Egal ob Twitter, LinkedIn, Instagram oder TikTok – soziale Medien werden, manche mehr, andere weniger, für politische Botschaften benutzt. Durch Hashtags, einprägsame Bilder und die Möglichkeit, in Sekundenschnelle zu Teilen und geteilt zu werden, ist das Potenzial, eine politische Botschaft günstig und schnell viral zu verbreiten, enorm.

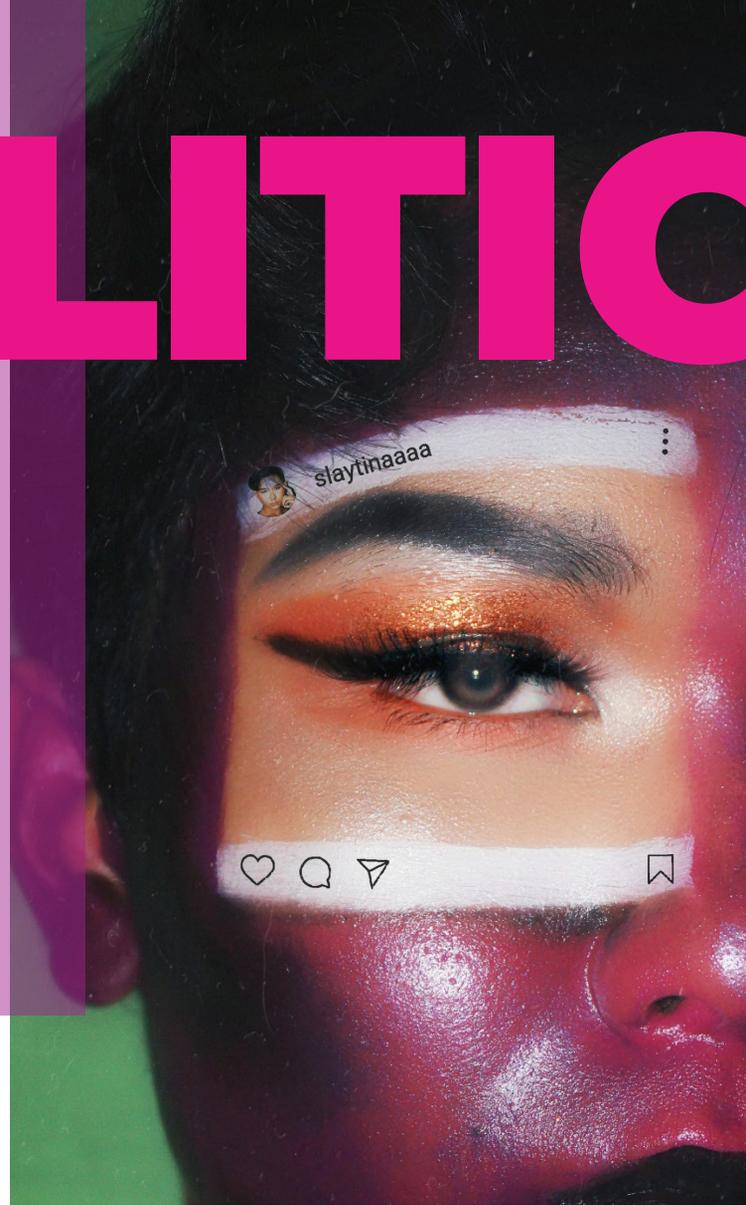
DIE US-WAHL ZEIGTE DAS VOLLE POTENZIAL VON SOCIAL MEDIA

Gerade bei der US-Wahl im November war eines zu beobachten: Junge Menschen erreicht man leichter durch Social Media als durch klassische Medien. Kaum jemand liest sich heute noch vor der Entscheidung ein Parteiprogramm durch. Politik wird – vor allem für Unentschiedene, die keine feste Parteizugehörigkeit besitzen – über Personen gemacht. Und wie könnte man klare Statements und persönliche Insights besser transportieren als über Social Media? 72 Prozent der US-Bürger im wahlberechtigten Alter sind auf mindestens einer Plattform der sozialen Medien aktiv unterwegs. Ein großes Potenzial, das beide Kandidaten, Trump sowie Biden, für sich genutzt haben. Obwohl Trump auf Twitter zunächst viel mehr Follower hatte als Biden, holt Letzterer enorm schnell auf was die monatlichen

Interaktionen betrifft: Während er im Januar 2020 lediglich rund 2,5 Millionen Interaktionen verzeichnen konnte, waren es im August schon über 32 Millionen, rund die Hälfte von Trump. Im September hat Biden Trump dann zum ersten Mal knapp überholt. Dies ergab eine Analyse von Socialbakers.

SOCIAL MEDIA ALS BELIEBTESTE NACHRICHTENQUELLE DER GENERATION Z

Es zeigt sich: Nur, weil die jüngere Generation seltener eine Tageszeitung auf dem Frühstückstisch liegen hat, heißt das noch lange nicht, dass das Interesse an Nachrichten nicht da wäre. Lediglich die Quelle der bevorzugten Nachrichtenbeschaffung hat sich geändert. Laut Digital News Report 2019 nutzen viele junge Menschen Social Media als Nachrichten- und Informationsquelle. Facebook ist demzufolge die beliebteste



XS



Quelle im Bereich soziale Medien, knapp gefolgt von Instagram. Bei den unter 24-Jährigen liegt Instagram sogar auf Platz 1.

POLITISIERUNG ZEIGT SICH NICHT IMMER NUR DURCH PARTEIZUGEHÖRIGKEIT

Obwohl nur rund drei Prozent aller Jugendlichen Mitglied in einer Partei sind, würde ich sogar so weit gehen, zu behaupten: Unsere Generation ist die politisierteste, die es je gab. Egal ob es der Klimawandel ist, der Paragraph 219a, die Black-Lives-Matter-Bewegung oder eine Frauenquote. Junge Menschen haben eine Meinung und diese zeigen sie auch. Und sei es manchmal auch nur durch das einfache Teilen von Bildern und Texten via Story. Durch Vorbilder und Influencer, die nun auch vermehrt politischen Content bieten, erhält diese Politisierung noch mal verstärkt via Social Media ein Ventil.

CHANCEN DURCH SOCIAL MEDIA IN DER POLITIK NOCH WEITGEHEND UNGENUTZT

Vielleicht kein Zufall, dass besonders die junge Generation viele grüne Unterstützer und Wähler hat. Denn 2017 waren laut Statista die Grünen die Partei, deren Abgeordnete die meisten Twitternutzer verzeichnen konnte, dicht gefolgt

von den Liberalen. Auch bei LinkedIn, das mehr Platz für politische Visionen bietet als beispielsweise Twitter sind Politiker eher rar. Hier sind fast ausschließlich Union und FDP vertreten. Doch egal, um welche Social-Media-Plattform es sich auch handelt: Momentan wird noch viel Potenzial verschenkt. Und wenn uns eines die US-Wahl gezeigt hat, dann das: Ein Wahlkampf ohne Social-Media-Strategie ist im Jahre 2021 nicht mehr möglich.



STEFANIE UNBEHAUEN (24) ist in der Nordamerika-Gruppe des Internationalen Komitees der Julis. Nach ihrem Bachelor der Wirtschaftswissenschaften studiert sie nun im Zweitstudium Wirtschafts- und Politikjournalismus. Du erreichst sie unter steffi.unbehauen@gmx.de.

WERTEWANDEL, SELBSTVERWIRKLICHUNG UND KOMMUNIKATION:

WIE LÄSST SICH DIE NEUE GENERATION CHARAKTERISIEREN?

„Die Jugend von heute...“ ist ein Satz, den sich vermutlich jeder schon mal anhören musste. Doch wer ist überhaupt die heutige Jugend und was unterscheidet sie von den vergangenen Generationen? Neue Wertvorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse treten immer wieder in Erscheinung. Diese sind multifaktoriell bedingt. Verschiedenste politische Ereignisse, Umweltkatastrophen, Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel sind Trends, die zu ideologischen Bewegungen führen. Für folgende Analyse wurden die Shell Studie (2019) und die Sinus-Jugendstudie (2020) als Grundlage genutzt. Teilweise zeigen sich zwischen den Studien Widersprüche, was verdeutlicht, dass eine einheitliche Charakterisierung „der Jugend von heute“ unmöglich ist.

„WIR SIND HIER, WIR SIND LAUT, WEIL IHR UNSERE ZUKUNFT KLAUT!“

71 Prozent der Jugendlichen geben an, dass ihnen der Schutz der Umwelt am Herzen liegt (Shell, 2019). Die Jugend wirft dem „Establishment“ mangelhaftes Handeln und Desinteresse vor. Daraus bilden sich Organisationen wie „Fridays for future“ und „Students for Future“. Diese Gruppierungen reißen mit und erzeugen den Drang zur Rebellion, welcher seltener in Familie und Schulalltag ausgelebt wird, doch eine notwendige Stufe in der Entwicklung zum Erwachsenen darstellt. Der Frust über die angebliche ökopolitische Ignoranz zieht Viele mit. Zudem nehmen auch Werte wie Verantwortungsgefühl, Fleiß und Ehrgeiz zu.

TREND: DIVERSITY

Vielfalt ist ein Statement, welches innerhalb der Jugend immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Jugendlichen zeigen sich weltoffener und experimentierfreudiger und viele sind bereit, soziale Konventionen aufzulösen. Jeder dritte Jugend-

liche besitzt einen Migrationshintergrund und immer mehr erleben den Wandel der traditionellen Geschlechterrollen und Familienkonstellationen.

IDEOLOGIEN ERSETZEN RELIGION

Rückläufig ist der Glaube an die Kirche und Religion. Nur für 39 Prozent der katholischen und 24 Prozent der evangelischen Jugendlichen ist der Glaube wichtig. Anders ist dies bei muslimischen Jugendlichen: Für 73 Prozent von ihnen ist der Gottesglaube von Bedeutung. Die Austrittszahlen aus der Kirche nehmen von Jahr zu Jahr bedingt durch Kirchensteuer, gesellschaftlichen Positionierung zu bspw. Homosexualität, Abtreibung, etc. und negative Schlagzeilen, zu.

FAMILIENBEWUSSTSEIN IMMER PRÄSENTER

Das Bedürfnis nach Sicherheit und sozialen Kontakt zeigt sich auch anhand von zunehmendem Familienbewusstsein. Zukunftsängste und Konformitätszwang bedingten einen festeren Zusammenhalt innerhalb der Familien. Absicherung, Geborgenheit und eine optimale „work-life-balance“ ist für viele wichtiger als Geld, Status und beruflicher Erfolg.

EIN FAZIT

Zusammenfassend lässt sich der Trend zur freien Selbstentfaltung, Selbstverwirklichung und Toleranz in der Gesellschaft feststellen. Die Junge Generation ist vielfältig. Der Wunsch nach Chancengleichheit beflügelt den Drang zur Nivellierung gesellschaftlicher Unterschiede



und der Wunsch nach verstärkter sozialer Mobilität. Dieser Wunsch erscheint in Anbetracht der kollektivistischen Tendenzen paradox. Doch Zugehörigkeit und Akzeptanz in einer Welt fast unbegrenzter Möglichkeiten zeigen die Grundbedürfnisse der Menschen und finden sich in Gruppenzugehörigkeit und Verbundenheit wieder. Sei es ein Verein, eine politische Organisation oder eine AG; die Partizipation in der Gesellschaft nimmt zu. Die Angst vor Einsamkeit und Isoliertheit ist präsenter denn je und beflügelt die Vereinheitlichung innerhalb der Gesellschaft. Daher sollten wir als Junge Liberale aktiv werden: Politische Partizipation ist präsenter denn je, der Drang zum Handeln, Unmut über die Politik teilweise stark. Vollständige Freiheit und Selbstbestimmung gehen auch mit Wagnis und dem Ungewissen einher. Benjamin Franklin hat einst gesagt: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“ Sorgen wir daher als Junge Liberale dafür, dass der Klang des Wandels und der Veränderung erneut Optimismus und Zukunftsfreude innerhalb der jungen Generation weckt.



ISABEL LUTFULLIN (20) studiert Medizin und ist stellvertretende Leiterin des Bundesarbeitskreises Gesundheit und Innovation. Du erreichst sie unter isabel.lutfullin@julius.de.

WIE POLITISIEREN SICH JUNGE MENSCHEN HEUTZUTAGE?

VON 1984 ÜBER ACTA ZUM UNTERHEMD VON CHRISTIAN LINDNER. UNSERE POLITISIERUNG HIN ZUM LIBERALISMUS HAT UNTERSCHIEDLICHSTE WURZELN. DOCH WIE WIRD INTERESSE AN POLITIK ÜBERHAUPT GEWECKT?

Politisches Interesse beginnt meist mit einem zentralen Thema. Brexit, Flüchtlingskrise, Uploadfilter, Klimawandel – man könnte die Liste endlos weiterführen. All diese Themen verbindet, dass sie breit diskutiert werden und so im Umfeld von Jugendlichen ankommen. Sobald dann ein Meinungs austausch darüber stattfindet, ist der erste Funke gestreut. Die wesentliche Grundlage hierfür ist, dass ein Thema die persönlichen Interessen der Jugend betrifft. So wurde zum Beispiel

die Sorge um die eigene Zukunft auf der Erde ein entscheidender Antrieb für die Fridays-for-Future-Bewegung. Dabei spielt die Bereitschaft zu demonstrieren eine wichtige Rolle bei der Politisierung, da Jugendliche sich hierdurch Gehör verschaffen können. Die Mehrheit engagiert sich jedoch nicht in einer politischen Partei. Viele haben das Gefühl dort nicht gehört bzw. nicht ernst genommen zu werden. Das liegt teilweise auch daran, dass die junge Generation in Parlamenten oft kaum repräsentiert ist.

SCHULE ENTSCHEIDEND FÜR DEN BEGINN POLITISCHEN INTERESSES

Wenn man den Beginn von politischem Interesse näher betrachtet, wird klar, wie wichtig es ist, dass in der Schule, zu Hause und im Freundeskreis aktiv über Politik gesprochen wird. Dabei fällt auf, dass mit dem Auftakt des Politikunterrichts an der Schule meist auch politisches Interesse beginnt. Wie aus der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 hervorgeht, beginnt die Politisierung meist mit 15 bis 16 Jahren. Dies ist der Zeitpunkt, in dem oft zum ersten Mal politische Sachverhalte im Lehrplan in Erscheinung treten. Abweichungen davon sind oftmals begründet in einem politisierten Elternhaus, in dem Nachrichten und Diskussionen über Politik fest verankert sind.

Nicht nur der Zeitpunkt des Politikunterrichts, sondern auch das allgemeine Bildungsniveau ist

entscheidend für die Politisierung der Jugend. Laut einer Umfrage können sich 37 Prozent der Gymnasiasten, 20 Prozent der Realschüler und 13 Prozent der Hauptschüler für politische Sachverhalte erwärmen. Auch die letzten beiden Shell-Jugendstudien bestätigen die Kernaussage dieser Umfrage, nach der die Schulform entscheidend für die Politisierung ist.

WAS HEISST DAS FÜR UNS JULIS?

Wir sind nicht nur die Stimme der Jugend, sondern wir müssen auch der Jugend eine Stimme geben. In der Praxis heißt das, dass wir gezielt unsere Neumitglieder und auch die Meinungen anderer hören müssen. Dazu gehört auch, dass jedes Mitglied möglichst niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten erhält. Nur wenn ein Mitglied echten Einfluss auf Entscheidungen hat, ist eine Mitgliedschaft attraktiv. Urwahlen oder Mitgliederentscheide dürfen auch in der FDP nicht länger verteufelt werden, denn nur so kann das Ziel einer Mitmach-Partei Realität werden.

Unser Beitrittsalter von 14 Jahren bei den JuLis ist im Hinblick auf den Beginn der Politisierung richtig gewählt, denn politisches Interesse sollte stets dem Beitritt einer Partei vorausgehen. Inwieweit die FDP das Beitrittsalter auf 14 senken sollte, bleibt dabei offen.

ÜBERPARTEILICHE ZUSAMMENARBEIT MUSS EIN KERNTHEMA DER JULIS SEIN

Der Abneigung großer Teile der Jugend, einer Partei beizutreten, bzw. deren Politikverdrossenheit sollten wir in erster Linie durch ein offenes und positives Miteinander entgegenzutreten. Viele Jugendliche sind darüber verärgert, wenn Politik gegen andere Parteien gemacht wird. Wir sollten auch in der FDP darauf hinwirken, dass Politik für Menschen und für die Jugend gemacht wird. Besonders wichtig ist dabei, dass wir Institutionen wie den Ring Politischer Jugend nicht stiefmütterlich behandeln, sondern als zentralen Bestandteil unseres Engagements. Überparteiliche Arbeit und Zusammenhalt sind elementar, damit aus politischem Interesse auch Mitarbeit in den Verbänden entsteht. Ein wichti-

ger Aspekt ist dabei, dass wir JuLis uns aus unserer Juristen- und BWLer-Bubble bewegen und die Stimmen aller Jugendlichen aufnehmen und wertschätzen. Dabei sind insbesondere unsere Landesverbände in der Pflicht, ländliche Regionen mit mitgliederschwachen Kreisverbänden gezielt in der politischen Arbeit zu unterstützen. Gemeinsam mit den anderen Jugendorganisationen müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass in unseren Parlamenten die Jugend besser durch junge Politiker vertreten wird. Dabei gilt es in der FDP den Mut für junge Kandidaten entgegen den „Kreißaal, Hörsaal, Plenarsaal“-Sprüchen zu fördern. Darüber hinaus müssen wir darauf hinwirken, dass Politikprojekte an Schulen wie Model United Nations, Jugend und Parlament noch stärker gefördert werden und an den Schulen präsent sind.



NIKOLAI DITZENBACH (23) ist

Vorsitzender des Ring Politischer Jugend Karlsruhe e.V. und stellvertretender Leiter des LAK Bildung & Forschung der JuLis in Baden-Württemberg. Du erreichst ihn unter nikolai.ditzenbach@julis.de.



IST ANTIFASCHISMUS LIBERAL?

ÜBER DIE PROBLEMATIK VON HISTORISCHEN BEGRIFFEN

IN LETZTER ZEIT BEZEICHNEN SICH IMMER MEHR MENSCHEN IN DEUTSCHLAND, DARUNTER AUCH LIBERALE, ALS ANTIFASCHISTEN. WAS ZUNÄCHST GUT KLINGT, BIRGT JEDOCH EINIGE PROBLEME.

Um zu verstehen, was es mit dem Antifaschismus auf sich hat, muss man sich zunächst anschauen, was genau eigentlich Faschismus ist. Der Begriff stammt aus dem Italienischen („fascio“, dt. „Bund“) und wurde von Benito Mussolini für seine Bewegung gewählt. Schon in den zwanziger Jahren haben sich Zeitgenossen auch anderer nationalistischer und antidemokratischer Bewegungen in Europa als faschistisch bezeichnet, so etwa der Austrofaschismus in Österreich, die Ustacha in Kroatien und der Nationalsozialismus in Deutschland. Damit sollten die Gemeinsamkeiten der damals neuartigen Bewegungen betont werden. Jedoch hat man schon damals erkannt, dass zum Teil erhebliche Unterschiede bestanden, beispielsweise im Umgang mit der Kirche. Während man dies noch als weniger bedeutendes Detail abtun könnte, werden bei näherer Betrachtung vor allem die Unterschiede zwischen den Nationalsozialisten und den anderen Bewegungen deutlich. Letztere waren zwar rassistisch, antisemitisch und militaristisch, zeigten jedoch im Gegensatz zu den Nazis keine Bestrebungen, alle Juden Europas zu ermorden oder einen Vernichtungskrieg zu führen, auch wenn viele dieser Bewegungen später mit den Nazis kollaborierten. Da sowohl die Shoa als auch der Herrschaftsanspruch über ganz Europa Kern

der nationalsozialistischen Ideologie und Praxis waren, erscheint die Bezeichnung der Nazis als Faschisten als eine Verharmlosung ihrer Verbrechen.

Genauso problematisch wie der Faschismusbegriff ist auch der des Antifaschismus. Als Antifaschisten bezeichneten sich in den zwanziger Jahren vor allem radikale Linke. Die Kommunisten gingen so weit, den Faschismus (einschließlich des Nationalsozialismus) in der Tradition marxistischen Geschichtsdenkens als eine Art natürliche Weiterentwicklung des Kapitalismus zu deuten. Dementsprechend richtete sich ihr Kampf gegen den Faschismus nicht nur gegen die Nazis, sondern auch gegen deren vermeintliche kapitalistische Wegbereiter. Besonders ins Visier geriet dabei bis in die 30er-Jahre die SPD, die als „Sozialfaschisten“ verunglimpft und bekämpft wurde. Die KPD sah in Sozialdemokraten quasi verdeckte Agenten für den Kapitalismus. So hatten schon damals große Teile des bürgerlichen und sozialdemokratischen Widerstands gegen Hitler große Bauchschmerzen beim Begriff des Antifaschismus. Wer also im Nachhinein nicht-kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus wie etwa den Kreisauer Kreis, die Bekennende Kirche oder die Weiße Rose pauschal als „antifaschistisch“ bezeichnet,



liegt nicht nur historisch falsch, sondern zwingt ihnen ein Label auf, das sie nie selbst gewählt hätten.

Auch der liberale Widerstand um Hans Robinsohn, Ernst Strassmann oder Friedrich Ablast griff nicht auf den Begriff des Antifaschismus zurück. Warum also sollten wir Liberale uns heute diesen kommunistischen Begriff mit all seinen ideologischen Fallstricken zu eigen machen? Das würde zum einen ein ständiges Abgrenzungsbedürfnis zu linksextremen und teils gewaltbereiten Antifa-Gruppen erzeugen. Zum anderen würde er aber das so wichtige Engagement gegen die heutige „Neue Rechte“ nicht gerade erleichtern, da diese wieder pauschal dem „Faschismus“ zugeordnet würde. Doch die Neue Rechte ist äußerst vielfältig und bezieht sich nicht nur auf faschistische Vordenker, sondern eine Vielzahl rechter Ideen. Wie soll man sich effektiv gegen eine Bewegung engagieren, wenn man nicht einmal über ihre Ideologie Bescheid weiß?

Letztlich stellt sich die Frage, ob wir als Liberale überhaupt eine Negativbezeichnung („Anti-“) brauchen oder ob es nicht sinnvoller wäre, durch politisches Handeln jeden Tag aufs Neue zu beweisen, dass das Engagement gegen Rechtsextremismus Teil unserer liberalen DNA ist.



NATALIE SAPIR (31) hat Geschichte und Politikwissenschaft studiert, arbeitet als Stadtführer in Berlin und

legt deshalb großen Wert auf die korrekte Verwendung historischer Begriffe.

MANÖVER-LOB FÜR DROGENPOLITIK

Eine Manöver-Kritik für die Jungen Liberalen schreibe ich gern, auch wenn es gar nicht so viel zu kritisieren gibt. An Hanfparaden ohne JuLis, die mit Luftballons und cool gebrandeten langen Blättchen zwischen Grüner Jugend, Solid und den Jusos mitlaufen, kann ich mich kaum erinnern. Die JuLis haben in den letzten zehn Jahren aber mehr geleistet als pflichtschuldig PR-Termine abzureißen und auch mehr als die Kollegen in anderen Parteien.

ECHT LIBERAL

Die FDP ist 2013 als Partei der besserverdienenden Zahnärzte verdient aus dem Bundestag geflogen. Das hatte nicht mehr viel mit „liberal“ zu tun. Die Besinnung auf diesen Wert hat dann auch den Grundstein für die verdiente Rückkehr geebnet. Das zeigt sich schön am Beispiel der Drogenpolitik. Selbstverständlich gehört die Legalisierung von Cannabis zu einer liberalen Partei dazu. Bis 2013 haben FDP-Politiker den offensichtlichen Widerspruch so aufzulösen versucht, dass Abhängige ja nicht frei entscheiden könnten und dass man mit dem Verbot also die Freiheit der Bürger fördere. Als ob alle Cannabiskonsumenten abhängig wären und das Verbot irgendetwas am Konsum ändern würde! In dieser Zeit hat die FDP in Person von Mechthild Dyckmans ihren Anteil vom Kuchen unterirdischer Drogenbeauftragter abbekommen. 2015 ist die FDP dann mitten in der Besinnungspause als jüngster Spross der Legalize-Familie nach Grünen und Linken dazugekommen. Und das hatte viel mit den JuLis zu tun.

Es braucht immer auch einzelne Personen, die den Unterschied machen. In diesem Fall war das z.B. Martin Hagen, der als ehemaliger Vorsitzender der JuLis in Bayern den Beschluss zur Cannabislegalisierung in seinem Landesverband durchbrachte. Auch der NRW-Landesverband hatte den Legalize-Beschluss im Vorfeld des 2015er Parteitags auf Betreiben der JuLis gefällt. Konstantin Kuhle zog als Vorsitzender mit 250 JuLis und einem Riesen-Pappjoint durch Bonn und holte sich auf dem Bundeskongress von Christian Lindner die Zusagen für einen offenen



Dialog. Da stellt sich die Frage, ob die FDP ohne die JuLis in Sachen Cannabis je zu Potte gekommen wäre. Jedenfalls bestimmt nicht schon 2015. Diesen Erfolg sah auch die Süddeutsche, als es dann endlich soweit war:

(...) Erfolg des Parteienwachstums
Damit konnte der Parteienwuchs von den Jungen Liberalen (JuLis), der seit Jahren für die Legalisierung wirbt, einen großen Erfolg feiern. „Wir sind froh, dass die FDP realisiert, dass Cannabis für viele Menschen zum Alltag gehört“, sagte Juli-Chef Konstantin Kuhle. (...) Süddeutsche, 17.11.2015: FDP-Mehrheit will Cannabis-Legalisierung

Gerade die Jusos können sich davon gerne eine Scheibe abschneiden.

DROGENPOLITIK IST MEHR ALS CANNABIS

Auch am Programm der JuLis habe ich wenig auszusetzen. Es erkennt, dass Drogenpolitik mehr ist als Cannabis. Die JuLis trauen sich, einen regulierten Handel auch für andere Substanzen zu fordern. Das ist die logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass Drogenprohibition grundsätzlich mehr Schaden anrichtet als dass sie etwas nützt. Viele andere – vor allem

natürlich die vorsichtigen Altparteien – ziehen diese Schlussfolgerung aus Angst vor den Wählern nicht. Insofern gilt es, weiterhin viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

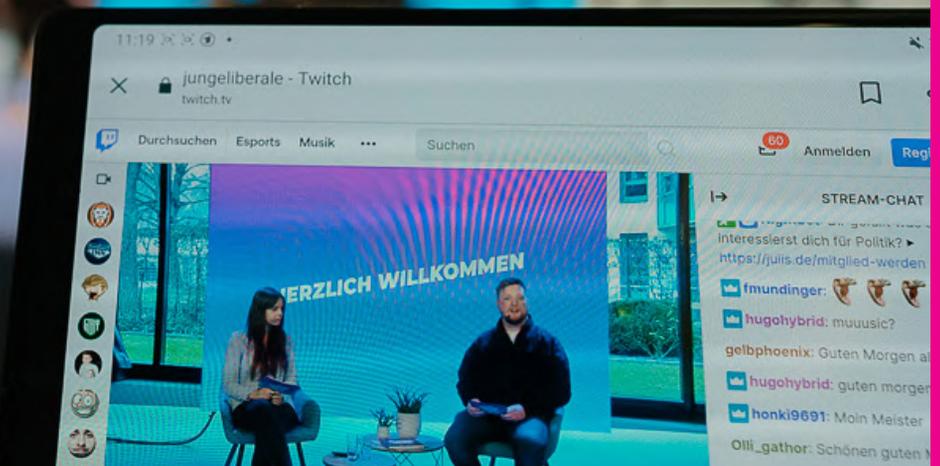
Wenn ich in Bezug auf den drogenpolitischen Grundsatzbeschluss von 2018 doch noch etwas zu bedenken geben soll, wähle ich die Frage des Umgangs mit Jugendlichen. Während Alkohol legal an 16-Jährige verkauft werden darf, scheint mit die Forderung nach „weiterhin besonders hohen Strafen für die Weitergabe von BtM an Minderjährige“ mit dem „Abrücken vom Abstinenz-Dogma“ zu kollidieren. Für den kommerziellen Verkauf würde ich das durchaus unterschreiben. Aber jede Art von „Weitergabe“? Möge jede/r JuLi mal in sich gehen und an Rauscherlebnisse vor dem 18. Lebensjahr bzw. Alkoholerfahrungen vor dem 16. Lebensjahr denken. Von wem kam nochmal das Gras oder das Bier? Hätte diese Person besser besonders hart bestraft werden sollen? Ist die Vorstellung eine komplett abstinenten Jugend realistisch? Wünschenswert? Oder bis 18 doch lieber „nur“ Alkohol?

GO!

Also weiter so: Mit viel Elan die Cannabislegalisierung endgültig durchsetzen und keine mögliche neue Bundeskoalition mit FDP-Beteiligung ohne Legalisierung akzeptieren! Und dann hinter dem Cannabis-Tellerrand weitermachen – zum Wohl der Konsumenten und der gesamten Gesellschaft.



GEORG WURTH ist Pressesprecher des Deutschen Hanfverbandes und unter presse@hanfverband.de erreichbar.



BUKO-BERICHT

Es ist bekannt: Besondere Zeiten fordern besondere Maßnahmen. Daher eröffneten wir Junge Liberale unseren ersten Bundeskongress 2021 auf für uns ungewohnte Weise: Digital.

Die Aufgabe, einen solchen Bundeskongress digital durchzuführen, ist keine Leichte. Gerade technisch stellt solch ein Unterfangen eine ziemliche Mammutaufgabe dar. Es brauchte dann auch 7 Kameras, 16m² HD-LED-Wände mit 2,2 Mio. einzelnen Pixeln, über 1,3km Kabel, 16 Rechner, 3 LTE Uplinks mit je 4 Sim-Karten und drei Antennen, 24 Bühnenlichter, 58m Traversen, 24m Techniktische, 16 TB Streamtraffic und die Verarbeitung von über 300.000 Requests auf der Kongresswebseite, um diesen Kongress so durchzuführen.

Dieses Unterfangen lief zwar nicht ganz reibungslos, doch am Ende kann man mit Sicherheit sagen: Wir haben dieses Mammutaufgabe gut bewältigt und ganz nach dem Motto „Digital first. Bedenken second“ bewiesen, dass wir Digitalisierung können und auch in einer globalen Pandemie funktionsfähig bleiben.

Am 16. Januar um 11 Uhr ging es dann auch los: So richtig startete der Bundeskongress dann aber mit der Eröffnungsrede unseres Bundesvorsitzenden Jens Teutrine. Darauf folgte der Beginn der Antragsberatung, welche uns direkt in die längste Antragsdebatte des BuKos führte.

Nachdem unter dem Motto „Let’s talk about tax“ die Spitze des Alex-Müller-Verfahrens ausgiebig beraten wurde, schlossen wir den ersten Tag mit

einem weiteren Highlight ab: Der Generalsekretär der FDP, Volker Wissing, richtete starke Worte an uns Junge Liberale. Mit Themen wie dem Wahlrecht ab 16 konnten wir Einfluss auf die Bundespolitik nehmen. Herr Wissing versprach uns auch zukünftig einen intensiven programmatischen Austausch zwischen den Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Das erste große Highlight erwartete uns sonntags direkt zu Kongressbeginn: Ein Grußwort des Repräsentanten von Taiwan Jhy-Wey Shieh. Der Botschafter nutzte die deutsche Sprache auf beeindruckende Weise und zog Parallelen zwischen Kafka, Taiwan, Goethe und der Realität, um das Verhältnis zwischen China und Taiwan zu beschreiben. Jhy-Wey Shieh kämpft für eine Welt, die vor allem durch ein Ideal geprägt ist, dem auch wir Julis alle folgen: Freiheit. Ganz konkret plädiert Shieh für zunehmende internationale Beteiligung Taiwans an Institutionen wie der WHO, Interpol und nicht zuletzt forderte er wie auch wir: Deutschland muss endlich diplomatische Beziehungen mit Taiwan aufnehmen!

Der zweite Tag des 61. Bundeskongresses verlief ohne weitere technische Probleme, dafür aber mit einem weiteren Highlight: Der Bundesvorsitzende und Fraktionsführer der Freien Demokraten, Christian Lindner, stellte sich den Fragen der Jungen Liberalen. Externe Denkanstöße lieferten drei Ideenpitches. Natalya Nepomnyascha, Elisabeth Schaueremann, sowie das Team von Jaimo Solutions bereicherten uns um Ideen und Gedanken zu Chancengleichheit, Digitalisierung und Gründergeist.

Auch am zweiten Tag begleitete uns thematisch das Thema Steuern. Am Ende fand jener Antrag zum Thema Steuern, welcher uns das ganze Wochenende beschäftigte, jedoch keine Mehrheit der Delegierten. Letztendlich konnten wir durch eine Kongressverlängerung unser außenpolitisches Profil schärfen und unser Verhältnis zu China durch einen Kongressbeschluss festigen.

Wir Jungen Liberalen haben mit diesem Bundeskongress bewiesen, dass wir Digitalisierung können und die digitalen Errungenschaften des 21. Jahrhunderts die beste Methode sind, um auch während einer Pandemie einen handlungsfähigen, modernen Verband abzugeben. Schlussendlich bleibt aber wohl bei den meisten von uns derselbe Wunsch bestehen: Sobald wie möglich auch wieder Kongresse in Präsenz abhalten. Nicht nur wegen des Bieres danach!



MARINUS MAIER (22) kommt aus Bayern und studiert Jura an der LMU in München. Er setzt sich besonders mit Innenpolitik, Recht und Rechtspolitik auseinander. Du erreichst ihn unter marinusm.1208@gmail.com.

FÜR WELCHE INHALTE BRENNEN JUNGE MENSCHEN?

Was interessiert junge Menschen? Warum verbringen wir unsere Wochenenden in stickigen Kongresshallen und sind am Ende doch traurig, wenn die Veranstaltung ein Ende findet? Ich möchte den Fokus auf das legen, was unsere Generation in meinen Augen ausmacht und woraus sich, meiner Meinung nach, die politischen Zielsetzungen junger Menschen ableiten lassen.



Unsere gemeinsamen Interessen überschneiden sich selten. So verschieden wie unsere Persönlichkeiten sind auch die Lebensentwürfe, die wir anstreben. Aber gibt es nicht vielleicht doch etwas, das uns vereint? Wir sind jung. Jeder von uns strebt nach individuellem Glück – für den einen ist es der Traum von einer Familiengründung, während ein anderer seine Passion im Streben nach beruflichen Erfolg findet. An diesem Punkt liegt meines Erachtens der Schlüssel für die Antwort auf die Frage, welche Themen unsere Generation begeistern. Jeder von uns möchte sich frei entfalten können. Wir möchten das tun, was wir wollen und nicht aufgrund unserer sozialen Herkunft gehindert sein, unser Leben so zu gestalten, wie wir es für richtig halten. Außerdem wehren wir uns dagegen, wenn sich die Gesellschaft auf irgendeine Art und Weise in den Weg des Einzelnen stellt. Küß doch wen du willst. Wir sind erpicht darauf, alle Chancen der Welt nutzen zu können, wenn wir es denn wollen.

Zusätzlich wünschen wir uns, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für die Gesellschaft, für die Umwelt und jene Menschen, wel-

che ohne Unterstützung nicht in der Lage sind, ihr Potenzial auszuschöpfen. Freiheit und die uneingeschränkte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit liegen uns allen am Herzen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass wir Julis so stark dafür kämpfen.

Zusätzlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass gerade die jüngere Bevölkerung sich immer mehr für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einsetzt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir die Konsequenzen der seit Jahrzehnten andauernden Umweltzerstörung und der globalen Erderwärmung verspüren werden, sofern wir nicht dagegen vorgehen. Diese Bedrohung hat unsere Generation in den letzten Jahren vermehrt erkannt, womit sich das enorme Interesse der Jugend an der deutschen Umweltpolitik erklären lässt. Besonders deutlich hat sich dies an der Fridays-for-Future-Bewegung gezeigt.

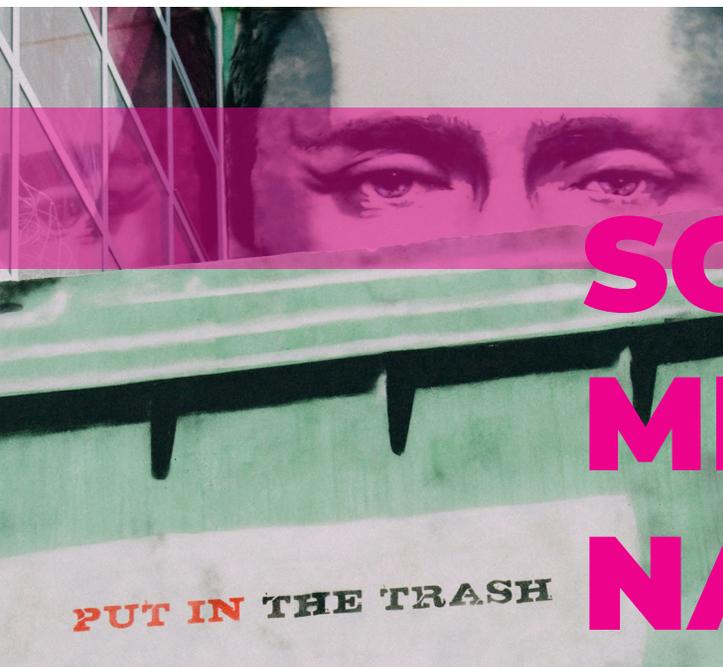
Abschließend ist anzumerken, dass besonders der Umgang mit psychischen Erkrankungen sowie das Anstreben eines gesunden Lebens- und Arbeitsstils in den letzten Monaten stark in der Fokus der jungen Generationen gerückt ist. Zurückzuführen ist jenes Phänomen wohl auf

die negativen psychischen Auswirkungen der sozialen Isolation während der Coronakrise sowie die vermehrte Aufklärung der letzten Jahre. Dass unsere Generation immer offener über psychische Erkrankungen spricht, finde ich bemerkenswert, denn meiner Auffassung nach werden endlich konsequent die Vorurteile in Bezug auf jene durchbrochen, welche von den vorherigen Generationen hartnäckig aufrechterhalten wurden.

Um ehrlich zu sein, glaube ich jedoch, dass wir uns gerade bei den Julis noch mehr für solche Themen einsetzen sollten. Allerdings bin ich voller Hoffnung, dass wir auf einem guten Weg sind und in den nächsten Jahren immer mehr Jugendliche sowie junge Erwachsene für die weltbeste Jugendorganisation begeistern können.



TABEA SCHNÜTTGEN (20) studiert im 3. Semester Jura in Heidelberg. Neben der Politik ist ihre liebste Freizeitbeschäftigung der Sport. Du erreichst Tabea unter tabealara@gmx.de.



SOLIDARITÄT MIT ALEKSEY NAWALNY!

An den letzten beiden Wochenenden im Januar wurde bei Kundgebungen für den russischen Oppositionellen Aleksey Nawalny demonstriert. In Russland gingen dabei mehrere Zehntausende in vielen Städten auf die Straße. Dabei wurden jeweils zwischen drei- und fünftausend Menschen von den Schlägertrupps der russischen OMON festgenommen – darunter auch Oppositionelle wie Sobol, Jashin oder Nawalys Ehefrau Julia. Auch in Deutschland gab es mehrere Kundgebungen.

Aus einer westlichen Sicht mögen die Teilnehmerzahlen nicht sonderlich hoch erscheinen. Sie zeigen aber, dass der Kreml den Bogen an Ungerechtigkeit überspannt hat. In den letzten zehn Jahren sind viele Menschen gegen Erhöhungen des Rentenalters, Wahlfälschungen oder Armut demonstrieren gegangen. Dass ein Oppositioneller mittlerweile so viele Menschen auf die Straßen bringt, ist – abgesehen von dem Mord an Boris Nemtsov – ein neues Phänomen. Das liegt jedoch mehr an der ihm widerfahrenden Ungerechtigkeit als an seiner Popularität. Zum Vergleich: Im September nahmen in Berlin etwa 30 Personen an einer Mahnwache für ihn teil, bei den Demonstrationen im Januar etwa 2.000.

Nachdem Nawalny im August 2020 mit dem Nervengift Nowitschok im sibirischen Tomsk vergiftet worden war und in der Berliner Charité behandelt wurde, hat der Kreml nicht das geringste Anzeichen für eine Ermittlung in dem Fall angedeutet und damit die vermutete Verwicklung der Sicherheitsbehörden noch weiter verschärft. Die Beweislast gegen den Inlandsgeheimdienst FSB wurde durch Recherchen von

Bellingcat erdrückend, woraufhin Nawalny seine Peiniger sogar ausfindig gemacht und sich als FSB-Mitarbeiter ausgebend über den Tathergang telefonisch ausgefragt hat. Nawalny wurde bei seiner Rückkehr nach Moskau bereits am Flughafen festgenommen, da er seinen Bewährungsaufgaben nicht nachgekommen sei – was aus dem Koma im Ausland nahezu unmöglich ist. Noch brisanter ist, dass das 2017 gefällte Urteil politisch motiviert war, um Nawalys Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu verhindern (Vorbefragte dürfen sich in Russland nicht zur Wahl aufstellen). Schlussendlich wurde seine Bewährungsstrafe unrechtmäßig in eine Haftstrafe im Vollzug umgewandelt.

Diese Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten hat viele Menschen auf die Straßen getrieben. Auch in Berlin, Düsseldorf und München gab es viele Slogans gegen Korruption. Diese berufen sich auf die kürzlich veröffentlichte Dokumentation „Ein Palast für Putin“ des „Fonds zum Kampf gegen Korruption“, welche das Korruptionsnetz hinter dem Bau des milliardenteuren Protz-Palastes aufzeigte und inzwischen mehr als 110 Millionen Mal aufgerufen wurde. Der Demonstrationmarsch in Berlin verlief vom Bundeskanzleramt, vorbei am Brandenburger Tor zur russischen Botschaft. Unter den Demonstranten waren viele russische Slogans wie „Putin ist ein Dieb“ oder „Freiheit für politische Häftlinge und Nawalny“ zu hören. Besonders wichtig ist dieses Zeichen auch von der russischsprachigen Community, um einer vermeintlichen AfD-Nähe entgegenzutreten. Ich selbst bin zu dieser Demonstration gegangen, um mich mit der russischen Opposition und

allen politischen Gefangenen in Russland solidarisch zu zeigen. Auch wenn frühere politische Aussagen von Nawalny kritisch zu sehen sind, so sollte er dennoch das Recht auf freie Meinungsäußerung und einen Prozess unter der Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien haben. Besonders sein furchtloser und trotziger Einsatz für eine demokratische Wende und die Bekämpfung der Korruption ist zu würdigen. Momentan ist Aleksey Nawalny wahrscheinlich die einzige Person, die für eine demokratische Wende in Russland benötigte Masse ansatzweise mobilisieren kann.



LENNART JÜRGENSEN ist Mitglied des Internationalen Komitees und Leiter der Regionalgruppe Osteuropa. Er hat Osteuropastudien, Politikwissenschaft und Russistik studiert. Zu seinen wissenschaftlichen Schwerpunkten gehören Pressefreiheit sowie Sprachen- und Geschichtspolitik im post-sowjetischen Raum. Du erreichst ihn unter lennartjuergensen@gmx.net.

SCHWEIGEN IST ZEICHEN DER ZUSTIMMUNG

„Schweigen ist Zeichen der Zustimmung“ ist eine gängige Redewendung im Russischen. Weil Alexei Nawalny der Ausbeutung seines Landes durch Putin nicht zustimmt, schweigt er nicht. Weil viele Russen dem Umgang des Kremls mit den eigenen Bürgern nicht mehr zustimmen, schweigen sie nicht. Weil Du der Politik der GroKo nicht zustimmst, bist Du Mitglied der JuLis und schweigst nicht.

In Deutschland ist es einfach, nicht zu schweigen. Ernsthafte Konsequenzen brauchst Du nicht zu befürchten. Deine Meinungsfreiheit ist geschützt. Aber würdest Du nicht vielleicht doch schweigen oder zumindest kleinlaut sein, wenn es anders wäre?

Stell Dir vor, Du könntest verhaftet werden und es wird in Deiner Polizeiakte vermerkt. Du verlierst aus scheinheiligen Gründen Deinen Job oder Deinen Studienplatz, weil Deine Vorgesetzte eine andere politische Meinung hat. Gut bezahlte oder prestigeträchtige Jobs werden Dir verwehrt. Würdest Du nicht schweigen, wenn Dir gedroht wird, dass die Menschen um Dich herum da reingezogen werden? Allein durch Deinen egozentrischen Wunsch, es unbedingt mit Goliath aufnehmen zu wollen und allen zu beweisen, wie mutig und stark Du bist, verlierst Deine Mutter ihren Job. Der Kumpel, der kein Interesse an Politik hat und nur wegen Dir bei der Demo mitgelaufen ist, wird brutal verprügelt. Willst Du diese Verantwortung wissentlich wirklich übernehmen? Auch wenn Du den Geschehnissen nicht zustimmst, ist irgendein Nawalny es wirklich wert, dies alles zu riskieren?

Natürlich geht es nicht um die Person Alexei Nawalny. Putin geht es nur darum, ein Exempel zu statuieren und mögliche Nachahmer zu warnen. Immerhin sind im September Parlamentswahlen und diejenigen, die jetzt zu auffällig werden, können dann einfacher von den Wahlen ausgeschlossen werden. In seiner langjährigen Amtszeit war Putin zugegebenermaßen auch erfolgreich darin, Oppositionelle, Wirtschaftsführer oder hohe Beamte des Militärs einzuschüchtern. Was Nawalny geschafft hat, ist den Menschen

die Angst zu nehmen. Nicht nur die junge Elite in Moskau und Sankt Petersburg geht auf die Straße, sondern auch viele Menschen in den kleineren Städten. Genau das könnte Putin zum Verhängnis werden, denn dort sind die Proteste oft persönlicher und Gewalt und Verhaftungen haben einen anderen Wirkungsgrad als die Massen in den Großstädten. Es ist davon auszugehen, dass Putins Partei „Vereinigtes Russland“ trotzdem wieder stärkste Kraft wird. Jedoch werden die Proteste ihn einige Prozente und Parlamentssitze kosten.

Deswegen ist es umso wichtiger, dass nicht geschwiegen wird und die Unzufriedenheit geäußert wird. Auch Du kannst dabei unterstützen. Scheue nicht das Gespräch mit Putinverstehern und zeige, dass es auch andere Meinungen gibt. Gehe auf die Straße und signalisiere so den Aktivisten in Russland, dass ihr Mut anerkannt und gewürdigt wird. Schreibe einen Gastbeitrag in der Lokalzeitung oder organisiere bei Deiner FDP vor Ort eine Digitalveranstaltung mit der FNF Moskau. Folge unseren russischen Partnerorganisationen „Vesna“ und „Yabloko Youth“ in den Sozialen Medien und poste deren Inhalte in Deinem Profil. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten, aber Hauptsache, Du schweigst nicht. Denn Schweigen ist ein Zeichen der Zustimmung.



KATHARINA SCHREINER (33) arbeitet bei einem FinTech in Frankfurt am Main. Sie war 2015-2018 International Officer der JuLis und besitzt neben der deutschen auch die russische Staatsbürgerschaft. Sie nahm in Frankfurt am Main am 31.01. und am 06.02.2021 an Demonstrationen gegen die Verurteilung von Alexej Nawalny und die Verhaftung vieler Oppositioneller in Russland teil. Du erreichst Katharina unter katharina.schreiner@gmail.com.



Impressum

jung + liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P.):
Franz Märkl (franz.maerkl@julis.de)

AutorInnen: Karolina Januskiewicz, Matthias Keidel, Kerry Hoppe, Paavo Czwickla, Torben Hundsdörfer, Sven Hilgers, Marc Bauer, Stefanie Unbehauen, Isabel Lutfullin, Nikolai Ditzzenbach, Natalie Sapir, Marinus Maier, Tabea Schnüttgen, Lennart Jürgensen, Katharina Schreiner,
Manöverkritik: Georg Wurth, Deutscher Hanfverband

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Anna Le Duy

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet. Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an franz.maerkl@julis.de schicken.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials von pixabay.com, pexels.com und unsplash.com erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

Dieses Magazin wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem jeden Tag zu einem der
besten der Welt. Mehr unter pkv.de/linda



PKV

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**